

**AKTUELLES**

aus dem

**August****Plenum**

Ausgabe 6/2024

- Klare Maßnahmen im Umgang mit dem Wolf**
- Niedersachsen hat das schlechteste Verfassungsschutzgesetz aller Länder**
- Mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden – Ärztemangel bekämpfen**
- Sicherheit in Niedersachsen – Konsequentes Handeln gefordert**
- Eckpunkte zum Agrarstrukturgesetz**
- Gewalt an Schulen bekämpfen**

**Dr. Frank Schmädeke MdL****LANDTAG**  
NIEDERSACHSENMitglied des  
Niedersächsischen Landtags  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover[kontakt@frank-schmaedeke.de](mailto:kontakt@frank-schmaedeke.de)

0170 22 08 756

[www.frank-schmaedeke.de](http://www.frank-schmaedeke.de)



## Klare Maßnahmen im Umgang mit dem Wolf

Wirksames, EU-konformes Wolfsmanagement, das unsere Weidetiere und ländlichen Räume schützt

**Es ist endlich an der Zeit war, die Dinge beim Namen zu nennen. Die bisherigen Maßnahmen zum Wolfsmanagement sind nicht nur unzureichend –sie sind eine Farce.**

In meiner Rede betonte ich, dass wir dringend ein wirksames, EU-konformes Wolfsmanagement brauchen, das sowohl unsere Weidetiere als auch den ländlichen Raum schützt.

Wir dürfen nicht länger zusehen, wie die Landesregierung unter Minister Meyer die Probleme ignoriert und untätig bleibt. Der rapide Anstieg der Wolfspopulation in Niedersachsen stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Weidetierhaltung und den Küstenschutz dar.

Doch statt wirkungsvoller Maßnahmen setzt die Regierung nur auf sogenannte „Schnellabschüsse“, die absolut wirkungslos sind.

**Diese kurzfristigen Lösungen bieten keinen nachhaltigen Schutz und lassen die Weidehalter im Stich.**

Deshalb forderte ich in meiner Rede ein durchsetzungsstarkes Wolfsmanagement, das auch die Entnahme ganzer Rudel ermöglicht, wenn es notwendig ist, um unsere Weidetiere und die Lebensgrundlagen der Menschen in den ländlichen Regionen zu schützen.

**Sebastian Lechner, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen, äußerte sich im Rahmen des Dialogforums zur Weidetierhaltung und dem Wolf deutlich zur aktuellen Lage.**

Er kritisierte die Landesregierung und forderte eine Bundesratsinitiative, um den Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ zurückzustufen, gemäß dem Vorschlag der EU. Lechner betonte, dass sich die Bundesregierung, ins-

Ich habe die Landesregierung aufgefordert, sich endlich für eine Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes in der Berner Konvention und in der FFH-Richtlinie starkzumachen – ein Schritt, den die EU-Kommission bereits angeboten hat. Dies würde den zuständigen Behörden deutlich mehr Spielraum im Umgang mit dem Wolf geben.

Es ist frustrierend, dass andere EU-Länder wie Schweden und Frankreich bereits tragfähige Lösungen für ihre Wolfsprobleme gefunden haben, während hierzulande kaum etwas passiert. Besonders enttäuschend ist die Untätigkeit der Bundesumweltministerin Steffi Lemke in dieser Angelegenheit.

Mein Appell an die Landesregierung war klar: **Handeln Sie endlich! Es geht hier um den Schutz unserer Weidetiere, unserer ländlichen Räume und letztlich um unsere Lebensqualität. Unsere Geduld ist am Ende, und das Vertrauen der Menschen in die Politik steht auf dem Spiel.**

Hier kann man meine Rede und auch die Kommentare und Erwiderungen ansehen:

<https://frank-schmaedeke.de/endlose-debatte-um-das-wolfsmanagement/>

besondere das grüne Umweltministerium, weigere, diesen Schritt zu unterstützen.

Zudem warf er Umweltminister Christian Meyer vor, notwendige Maßnahmen zu verschleppen. Lechner forderte, das **Thema zur Chefsache zu machen**, um die Weidetierhaltung in Niedersachsen zu sichern.

**Sebastian Lechner**

(CDU-Fraktions- und Landesvorsitzender)



## Dringender Handlungsbedarf

Niedersachsen hat das schlechteste Verfassungsschutzgesetz aller Länder

**Vor acht Jahren wurde das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz grundlegend verändert. „Seitdem haben wir das schlechteste Verfassungsschutzgesetz aller Bundesländer“, sagt Christoph Plett, Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Im Hinblick auf die aktuell sich stetig verschärfende Sicherheitslage sei dies äußerst fahrlässig.**

„Die von Extremisten ausgehenden Gefahren für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Wir können – insbesondere vor dem Hintergrund dieser Lage – nicht länger zulassen, dass Niedersachsen im Verfassungsschutzverbund das Schlusslicht darstellt. Es besteht dringender Bedarf, unser Verfassungsschutzgesetz grundlegend zu reformieren“, so Plett weiter.

Hierfür sei es notwendig, dem Verfassungsschutz neue Befugnisse zu geben. „Wir haben der Landesregierung heute 23 konkrete Punkte zur Verbesserung unseres Verfassungsschutzgesetzes vorgelegt.

Darin enthalten sind der Abbau bürokratischer Hürden beim Datenschutz, hierbei besonders eine Verlängerung der Prüf- und Löschfristen und die Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung. Dem Zeitalter der Digitalisierung sollten wir mit der Einführung der Online-Durchsuchung möglichst schnell gerecht werden“, sagt Plett.

**Ein verbesserter Austausch zwischen Verfassungsschutz und der Polizei sei zudem unverzichtbar.**

„Vieles von dem, was wir der Landesregierung vorschlagen, gehört in anderen Ländern bereits zum Standard. Wir erwarten daher von Ministerin Behrens, dass unser Verfassungsschutzgesetz mindestens auf das Niveau der Gesetze der anderen Bundesländer angepasst wird. In der aktuellen Situation hat die Sicherheit der Menschen oberste Priorität“, appelliert Plett.

**Christoph Plett**

(CDU-Abgeordneter und  
Vorsitzender des Ausschusses für Rechts- und  
Verfassungsfragen)



**„Niedersachsen als großes Bundesland muss den Anspruch haben, so viele Ärztinnen und Ärzte auszubilden, wie es selbst**

**als Nachwuchs braucht,“ fordert der Landtagsabgeordnete Jörg Hillmer.**

Im Mai 2023 brachte die CDU-Fraktion einen Antrag zur Schaffung von mindestens 200 zusätzlichen Medizinstudienplätzen ein. Hillmer betont, dass Niedersachsen nicht wie kleinere Bundesländer auf die Unterstützung

## Mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden Ärztmangel bekämpfen

der restlichen Republik hoffen kann, sondern seine medizinische Versorgung selbst sichern muss. Hillmer kritisiert den zögerlichen Umgang der rot-grünen Landesregierung mit diesem Thema: „Statt konkreter Maßnahmen wurde lediglich ein Prüfauftrag erteilt. Der Container mit Prüfaufträgen bei der Landesregierung ist doch schon randvoll. Wir brauchen keine weiteren Prüfungen, sondern konkrete Taten.“

weiter auf Seite 4

## weiter von Seite 3

Die CDU forderte daher, noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für 150 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Im Nachtragshaushaltsentwurf für 2024 stellte die CDU 20 Millionen Euro für den Kapazitätsausbau in Göttingen und Hannover sowie 194 Millionen Euro für die baulichen Maßnahmen in Oldenburg zur Verfügung.

„Wir meinen es ernst mit unserer Verantwortung für die Mediziner Ausbildung und den dafür notwendigen Mitteln. Es darf keine weiteren verlorenen Jahre im Kampf gegen den Ärztemangel geben,“ unterstreicht Hillmer abschließend

**Jörg Hillmer MdL**

(CDU- Landtagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur)



## SICHERHEIT IN NIEDERSACHSEN

Konsequentes Handeln gefordert

**In der Aktuellen Stunde am 28. August 2024 hielt der Fraktionsvorsitzende der CDU im Niedersächsischen Landtag, Sebastian Lechner, eine eindringliche Rede zum Thema „Gemeinsam für die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen – Konsequentes Handeln nach Solingen und Mannheim!“. Dabei ging es insbesondere um die wachsende Bedrohung durch Messerangriffe in Deutschland und den jüngsten IS-Anschlag in Solingen, bei dem drei Menschen ihr Leben verloren und acht weitere verletzt wurden.**

Lechner betonte, dass es nicht um Schuldzuweisungen oder pauschale Verurteilungen von Menschen mit Migrationshintergrund gehe, sondern einzig um die Sicherheit der Bevölkerung. Er forderte eine **Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen, darunter strengere Grenzkontrollen**, konsequentere Abschiebungen sowie Gesetzesanpassungen auf Landes- und Bundesebene. Ein zentrales Anliegen sei die

Schaffung zusätzlicher Haftplätze für ausreisepflichtige Personen in Niedersachsen. Straftäter und Identitätsverschleiher sollten nicht mehr auf Kommunen verteilt werden.

In seiner Kritik an der Landesregierung, insbesondere an der Justizministerin, bemängelte Lechner die mangelnde Durchsetzung von Abschiebungen. Darüber hinaus sprach er sich für eine rechtliche Grundlage für anlasslose Polizeikontrollen und eine verstärkte Videoüberwachung im öffentlichen Raum aus.

Abschließend schlug Lechner Ministerpräsident Stephan Weil vor, einen **„Handlungspakt Sicherheit“** zu schließen, um gemeinsam wirksame Maßnahmen für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu ergreifen. „Lassen Sie uns jetzt gemeinsam diesen Handlungspakt Sicherheit schließen, damit die Menschen wieder mit einem guten Gefühl zum Stadtfest gehen können,“ appellierte Lechner.

**Sebastian Lechner**  
(CDU-Fraktions- und Landesvorsitzender)





## Eckpunkte zum Agrarstrukturgesetz

Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, muss möglich bleiben.

**„Die CDU unterstützt die Bestrebungen, außerlandwirtschaftlichen Investoren den Zugriff auf Land und Forst weiter zu erschweren, dabei darf aber der grundgesetzliche Schutz des Eigentumsrechts nicht ausgehöhlt werden. Und wir stellen uns gegen alle Versuche, einzelbetrieblich notwendige Entwicklungsschritte, die für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe notwendig sind, unmöglich zu machen.“**

Landwirtschaftlicher Strukturwandel zur Anpassung an Veränderungen der Märkte, zur Nutzung des technischen Fortschritts und als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen, wie z.B. veränderte Ansprüche an die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, muss möglich bleiben.

### Dr. Marco Mohrmann MdL

(CDU- Landtagsabgeordneter und Sprecher im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)



## Gewalt an Schulen bekämpfen

**Sind die Schulen in Niedersachsen noch ein sicherer Ort der Verlässlichkeit und des Vertrauens?**

**Mit dieser Frage hat die CDU-Landtagsfraktion zu einer Podiumsdiskussion mit Expertinnen und Experten geladen. „In Niedersachsen erleben wir immer mehr Vorfälle von Gewalt an Schulen. Körperliche Auseinandersetzungen, Bedrohungen und Vandalismus gehen immer häufiger von jungen Menschen aus“, sagt der bildungspolitische Sprecher Christan Fühner.**

„Wir müssen uns nun endlich mit der Frage beschäftigen, wie wir mit der enormen Zunahme an Gewaltvorfällen im schulischen Kontext umgehen wollen“, so Fühner. Das Landeskriminalamt Niedersachsen veröffentlichte in diesem Jahr Zahlen zu Gewalttaten an Schulen. Im vergangenen Jahr seien insgesamt 5.053 S

Straftaten im Zusammenhang mit Schulen registriert worden. Die Zahl der Fälle von Körperverletzung und Raub nehme im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zu.

„Um einen möglichst umfassenden Eindruck gewinnen zu können, sind wir daher heute mit Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schülern, aber auch der Sicherheitsbehörden ins Gespräch gekommen“, so Fühner weiter. Es sei enorm wichtig, die Sicherheit an niedersächsischen Schulen gewährleisten zu können. „Wir sollten prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Schulen, der Polizei und der Justiz neu organisiert werden kann“, sagt der innenpolitische Sprecher André Bock. „Insbesondere an Brennpunktschulen müssen wir Maßnahmen schaffen, um die Sicherheit nachhaltig gewährleisten zu können“, so Bock weiter.

Die aktuelle Situation der zunehmenden Gewaltvorfälle sei nicht weiter zu dulden.

„Wir wollen das Thema politisch aufgreifen, ein Problembewusstsein schaffen und Lösungen erarbeiten, die möglichst schnell umgesetzt werden sollen“, sagt Fühner. „Die rege Teilnahme und die lebendige Diskussion zeigen, dass das Thema die Menschen in Niedersachsen bewegt. Wir müssen dringend handeln“, so Bock.

Die aktuelle Situation der zunehmenden Gewaltvorfälle sei nicht weiter zu dulden. „Wir wollen das Thema politisch aufgreifen, ein Problembewusstsein schaffen und Lösungen erarbeiten, die möglichst schnell umgesetzt werden sollen“, sagt Fühner. „Die rege Teilnahme und die lebendige Diskussion zeigen, dass das Thema die Menschen in Niedersachsen bewegt. Wir müssen dringend handeln“, so Bock.

Die aktuelle Situation der zunehmenden Gewaltvorfälle sei nicht weiter zu dulden. „Wir wollen das Thema politisch aufgreifen, ein Problembewusstsein schaffen und Lösungen erarbeiten, die möglichst schnell umgesetzt werden sollen“, sagt Fühner. „Die rege Teilnahme und die lebendige Diskussion zeigen, dass das Thema die Menschen in Niedersachsen bewegt. Wir müssen dringend handeln“, so Bock.



**Christian Fühner MdL**

(CDU- Landtagsabgeordneter  
im Ausschuss Kultur)

**André Bock MdL**

(CDU- Landtagsabgeordneter  
im Ausschuss für Inneres und Sport)



## Zum Hintergrund:

### Rund 40 interessierte Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden haben heute an der Veranstaltung zu Gewalt an Schulen teilgenommen.

Gäste auf dem Podium waren: Heike Willems (Leiterin der Zentralstelle für Jugendsachen und Landesbeauftragte für Jugendsachen Landeskriminalamt Niedersachsen), Dr. Tanja Rusack

(Vorstandsmitglied Landdespräventionsrat Niedersachsen), Matteo Feind (Vorsitzender Landesschülerrat), Franz-Josef Meyer (Landesvorsitzender Verband Bildung und Erziehung Niedersachsen) und Torsten Neumann (Landesvorsitzender Verband Niedersächsischer Lehrkräfte).

Weitere Impulse kamen von dem bildungspolitischen Sprecher Christian Fühner und dem innenpolitischen Sprecher André Bock.

## Das war das August-Plenum!

Möchten Sie den Landtag einmal live erleben und im Plenum dabei sein? Während der Plenartage können Sie die parlamentarische Arbeit von der Besuchertribüne aus beobachten. Bei einer Führung oder im Zuge

eines offenen Besucherabends besteht für Sie die Möglichkeit, einen ausgiebigen Blick hinter die Kulissen Ihres Landesparlaments zu werfen.

Ich würde mich freuen! Ihr

**Hier können Sie  
sich melden!**



Dr. Frank Schmädke



**Dr. Frank Schmädke MdL**

Mitglied des  
Niedersächsischen Landtags  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover



[kontakt@frank-schmaedeke.de](mailto:kontakt@frank-schmaedeke.de)

0170 22 08 756

[www.frank-schmaedeke.de](http://www.frank-schmaedeke.de)

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.  
Dr. Frank Schmädke MdL  
Eichenweg 6  
31622 Heemsen

Bildnachweis:  
Büro Schmädke  
Canva